
Vom Wohlstand der Nationen zum Wohlstand der Personen

Rezension von: Fritz Helmedag, Norbert Reuter (Hrsg.), *Der Wohlstand der Personen*. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Metropolis Verlag, Marburg 1999, 589 Seiten, öS 364,-.

Der Titel der Festschrift "Der Wohlstand der Personen" weckt durch seine Assoziation des Klassikers "Der Wohlstand der Nationen" (1776) hohe Erwartungen beim Leser. Dennoch ist das Wortspiel im Titel kein ehrgeiziger Versuch der Herausgeber, den Jubilar Karl Georg Zinn mit Adam Smith zu vergleichen oder ihn auf dessen Schultern zu stellen. Vielmehr soll der Titel des Buches auf den notwendigen Perspektivenwechsel innerhalb der Politischen Ökonomie hinweisen. In entwickelten Industriegesellschaften geht es erfahrungsgemäß nicht mehr vorrangig um das Erreichen eines absoluten Wohlstands, d.h. um eine ausreichende materielle Grundversorgung der Bevölkerung, sondern um eine egalitäre Verteilung des bestehenden Wohlstands und dessen ökologisch verträgliche Erhaltung. Denn während Smiths Forderung nach einem steigenden Wohlstand für die Nationen zumindest in westlichen Gesellschaften umgesetzt werden konnte, stellt die gleichmäßige Verteilung des Wohlstands eine bleibende politökonomische Herausforderung dar.

Diese Problematik eines egalitären Wohlstands zieht sich wie ein roter Faden durch die ansonsten sehr heterogenen Beiträge der Festschrift, die anlässlich des 60. Geburtstags zu Ehren von Karl Georg Zinn von Fritz Helmedag und Norbert Reuter herausgegeben wurde. Die Festschrift dient als Schmelztiegel

bedeutender Politökonomien, deren Beiträge über den verengten Bereich der herkömmlichen *Mainstream*-Ökonomie hinausgehen. Die Vielfalt der Festschrift ist jedoch kein Zufallsprodukt, sondern reflektiert die Bandbreite des Zinn'schen Œuvre. Dabei gruppieren sich die Beiträge der beteiligten Ökonomen und Politologen um fünf Themenbereiche, die in besonderer Weise die Arbeit des Jubilars prägen:

- 1.) *Perspektiven sozialtheoretischer Entwürfe* mit Beiträgen von Kurt Lenk, Wilfried Röhrich, Fritz Helmedag, Hans G. Nutzinger und Günther Chaloupek;
- 2.) *ökonomische Konzepte und Akteure* mit Beiträgen von Ulrich Peter Ritter, Werner Wilhelm Engelhardt, Fritz Vilmar, Siegfried Katterle und Herbert Schui;
- 3.) *Handlungsoptionen im Kapitalismus* mit Beiträgen von Harald Mattfeldt, Xosé Luis Outes Ruso und Jorge Falagán Mota, Rudolf Hickel, Jörg Huffschmid und Kurt W. Rothschild;
- 4.) *Grenzen des Wachstums* mit Beiträgen von Hermann Bartmann, Jan Prieue und Norbert Reuter;
- 5.) *zur Praxis von Wirtschaft und Wissenschaft* mit Beiträgen von Wilhelm D. Schäffer, Dirk Nolte und Herbert Schaaff, Erich Hödl und Wolf Zegelin sowie Werner Meißner und Eric Nowak.

Das breite Spektrum der Festschrift erlaubt es nicht, auf alle Beiträge einzugehen, obwohl jeder für sich lesenswert ist. Deshalb wird aus den einzelnen Themenkomplexen jeweils ein Artikel exemplarisch vorgestellt, der in besonderer Weise mit dem Titel der Festschrift "Der Wohlstand der Personen" im Zusammenhang steht.

Eine zentrale Voraussetzung für eine gerechte Verteilung innerhalb einer Nation sind staatliche Interventionsmöglichkeiten. Im Gegensatz zum ad hoc-Dirigismus ist – wie auch Zinn immer wieder festgestellt hat – der Interventionismus theorie-

geleitet. Jedoch gibt es schon auf der theoretischen Ebene seit langem erheblichen Widerstand gegen Eingriffe, u.a. seitens der Österreichischen Schule.

Günther Chaloupek stellt in seinem Beitrag entgegen der üblichen Einschätzung klar, daß es vor dem Zweiten Weltkrieg durchaus kritische Stimmen innerhalb der Österreichischen Schule gab, die die stark anti-interventionistische Haltung eines Ludwig Mises und August Hayek relativieren. Mises und Hayek gingen davon aus, daß Interventionismus zu einer suboptimalen Allokation der wirtschaftlichen Potentiale und langfristig zu sozialistischen Systemen führen würde. Insbesondere Mises akzeptierte den Liberalismus als theoretische Basis der Nationalökonomie. Chaloupek zeigt gleichwohl, daß innerhalb der Österreichischen Schule durchaus Kritik am wissenschaftlichen Liberalismus existierte und eine größere Flexibilität der ökonomischen Theorie und die pragmatische Überprüfung wirtschaftspolitischer Maßnahmen anhand realer Auswirkungen gefordert wurde. Insbesondere Oskar Morgenstern wies – so Chaloupek – auf die Begrenztheit theoretischer Universalaussagen hin, da das wirtschaftliche Geschehen einem permanenten Wandel unterworfen und verschiedenen Machtverhältnissen ausgesetzt sei. Dies führte dazu, daß Morgenstern eine theoretisch begründete Wirtschaftspolitik verneinte und von der Wirtschaftspolitik primär forderte, daß diese zumindest keine immanenten Widersprüche produzieren und flexibel auf realwirtschaftliche Änderungen reagieren solle. Chaloupeks Schlußfolgerung ist, daß Morgensterns Position interventionistische Eingriffe nicht grundsätzlich ausschließt und er damit die generelle und theoriegeleitete anti-interventionistische Position von Mises und Hayek überwunden hat. Neben Morgenstern haben auch andere VertreterInnen der Österreichischen Schule wie Martha Stephanie Braun und Richard Stringl für Eingriffe,

z.B. in der Lohn- und Sozialpolitik argumentiert. Der Grund, warum sich der Kern der Österreichischen Schule trotz innerer Kritik auf Mises und Hayek stützt, erklärt Chaloupek mit der Emigration vieler ihrer kritischen Denker nach 1938. Aufschlußreich ist ferner, daß Chaloupek eine Übereinstimmung des aktuellen Interventionismus mit den Forderungen Morgensterns feststellt. Der heutige Interventionismus, Zinn bezeichnet ihn auch als kreislauftheoretischen Interventionismus, unterscheidet sich von dem der Zwischen- und direkten Nachkriegszeit, da ersterer nunmehr an gesamtwirtschaftlicher Konsistenz und der Anpassungsfähigkeit an veränderte Gegebenheiten orientiert ist. Somit leistet der moderne Interventionismus den Forderungen Morgensterns Folge, wenn auch auf ihn nicht Bezug genommen wird.

Werner Wilhelm Engelhardt befaßt sich in seinem Artikel mit der Bedeutung von Utopien und deren Leitfähigkeit für die sozial ausgewogene Entwicklung von Gesellschaft und Ökonomie. Zunächst stellt Engelhardt anhand verschiedener dogmengeschichtlicher Beispiele den Zusammenhang von Idee und materiellen Gegebenheiten dar. Er weist dabei auf Marx und seine Auffassung einer überwiegend monokausalen Beziehung zwischen Überbau und Produktionsweise hin, bei der Ideologien von ökonomischen Verhältnissen geprägt werden. Utopien jedoch wirken entgegengesetzt, indem utopische Ideen und Ideologien die materielle Realität selbst verändern. Engelhardt bezeichnet die Potentiale von Utopien in ihrer Wirkung als "Stimulanten zukunftsöffener Gestaltungen". Dabei erkennt er jedoch gleichzeitig die Problematik radikaler, weltumfassender Utopien und plädiert für "kleine Utopien", d.h. realitätsbezogene Überlegungen, die zu praktischen Lösungen führen. Engelhardt bezeichnet diese kleinen Utopien als notwendige Leitbilder in Wirtschaft und Gesellschaft. Im Anschluß syste-

matisiert Engelhardt Utopien und untersucht ihre Relevanz exemplarisch im Hinblick auf genossenschaftliche Kooperationsformen. Engelhardts Beitrag ist Teil eines neuerwachten Interesses an der Diskussion um "Utopie und Ökonomie", die spätestens seit der Veröffentlichung Geoffrey M. Hodgsons "Economics and Utopia" neuen Nährboden erhalten hat.¹

Daß Ideologien durchaus auch eine negative Leitbildfunktion übernehmen können, zeigt Kurt W. Rothschilds Beitrag "Kapitalismus im Global Village". Er beinhaltet eine kritische Beurteilung der "utopische[n] Vision der neoklassischen Theorie", welche am Beispiel aktueller Globalisierungstendenzen verdeutlicht wird. Zunächst gibt Rothschild einen knappen historischen Überblick über die Entwicklung der Globalisierung. In Analogie zu Zinn geht auch Rothschild davon aus, daß Globalisierung ein relativ altes Phänomen ist, jedoch seine dritte Etappe seit Ende des 20. Jahrhunderts aufgrund der Kombination revolutionärer Innovationen im Produktions- und Kommunikationsbereich *und* einer neoklassischen Freihandels- und Deregulierungs-ideologie eine besondere Brisanz erhalten hat. Rothschild fordert eine alternative Wirtschaftstheorie, die negative sozio-ökonomische Entwicklungen zu analysieren und zu verändern in der Lage ist, damit das Ziel der Ökonomie, den Wohlstand der Personen zu erreichen, nicht durch die Eigendynamik eines unkontrollierten Marktes zerstört wird. Auch Rudolf Hickel weist in seiner detaillierten Bestandsaufnahme der Wirtschaftspolitik seit den 1960er Jahren auf die negativen Auswirkungen der neoklassisch fundierten Angebotsdoktrin hin. Dabei betont Hickel die Notwendigkeit der Revitalisierung eines modernen Keynesianismus.

Daß der Wohlstand der Personen insbesondere auch von einer nachhaltigen Entwicklung abhängig ist, zeigt der Beitrag von Jan Prieue. Prieue fordert von staatlicher Seite "makro-ökologische

Leitplanken", innerhalb derer ein freier Markt agieren soll. Je nach ökologischer Notwendigkeit werden diese Leitplanken in Form einer zulässigen Menge an Schadstoffen und Emissionen enger definiert. Entscheidend für den wachsenden, stagnierenden oder schrumpfenden Verlauf einer Volkswirtschaft bei gleichzeitig ökologisch nachhaltiger Entwicklung sind nach Prieue innovative Technologien. Denn diese suchen bei Ressourcenknappheit und Minimierung des zulässigen Schadstoffausstoßes aufgrund des Preismechanismus nach Substitutionsmöglichkeiten in der Produktion. Prieues Ziel ist es, eine Verlagerung von Arbeitsrationalisierung zu einer Ressourcenrationalisierung ("Ressourceneffizienz") zu erreichen.

Eine Festschrift zu Ehren von Karl Georg Zinn wäre keine Festschrift ohne Beiträge zum Problem der Erwerbsarbeitslosigkeit. Wilhelm D. Schäffer betont in seinem Beitrag die Bedeutung einer ergänzenden Kombination von regionaler und bundesweiter Arbeitsmarktpolitik. Dabei setzt Schäffer auf das Konzept des "aktivierenden Staates", der eine Zwischenfunktion zwischen Nachwächterstaat und Staatsinterventionismus darstellt. Dieser Staat orientiert sich an Werten des Konsenses und der dezentralen Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Bevölkerung und strebt eine Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und freier Wirtschaft an. Da sich Schäffer zufolge diese konsensorientierte Arbeitsmarktpolitik in der Zeit der Umstrukturierung der Montanregion in Nordrhein-Westfalen Ende der achtziger Jahre bewährt hat, wurde dieses Konzept des aktivierenden Staates auf die aktuelle regionale Arbeitsmarktpolitik Nordrhein-Westfalens übertragen. Ein Schwerpunkt der gegenwärtigen SPD-geführten Landesregierung liegt dabei auf den Bemühungen einer Integration arbeitsloser Jugendlicher. Konsens und Kooperation ist Schäffers Einschätzung nach auch auf Bundesebene beim Bünd-

nis für Arbeit und Ausbildung der einzige Weg zum Erfolg. Insbesondere durch den konsensualen Abbau von Überstunden und die Förderung von Teilzeit können seiner Einschätzung nach erhebliche Beschäftigungspotentiale eröffnet werden. Ob diese Vorstellungen, die dem niederländischen ‚Beschäftigungswunder‘ und der neuen britischen Wirtschaftspolitik entlehnt sind, realistisch sind, bleibt allerdings abzuwarten.

Nach Abschluß der umfangreichen Festschriftlektüre steht jedoch eine Frage weiterhin im Raum: Warum wird der Wohlstand der Personen ausschließlich aus männlicher Sicht diskutiert? Kann immer noch davon ausgegangen werden, daß die Interessen der Frauen in denen der Männer inbegriffen sind, quasi eine Interessenidentität besteht? Zwar impliziert die Vernachlässigung der Frauenperspektive nicht grundsätzlich, daß die in der Festschrift angesprochenen Themen für Frauen irrelevant sind oder frauenspezifische Themen nicht auch von männlichen Wissenschaftlern adequat analysiert werden können. Dennoch zeigt das Ergebnis eine verdächtige Neutralität, so daß zu vermuten bleibt, daß der Blickwinkel bei einer Beteiligung von Wissenschaftlerinnen auf frauenspezifische Problematiken ausgeweitet worden

wäre. Erhält zum Beispiel die Verteilungsfrage ein neue Schärfe, wenn man die zunehmende Armut von Frauen und Kindern besonders berücksichtigt? Wie wirken sich veränderte Erwerbsbiographien von Frauen auf die Entwicklung von Erwerbsarbeitslosigkeit aus? Wie müßte der Sozialstaat reformiert werden, damit Frauen und Männern eine bessere Synthese von gleichberechtigter Erwerbsarbeit und Familie gelänge? Spielen Frauen eine besondere Rolle in der Ökologiedebatte? Können maskuline Werte in der ökonomischen Theoriebildung nachgewiesen werden? Weitere Fragen ließen sich problemlos anführen. Im Grunde kann dieses Manko jedoch den Herausgebern nicht angelastet werden, denn insbesondere Festschriften sind retrospektive Spiegel von Hochschulstrukturen. Und hier nehmen Frauen vor allem auf professoraler Ebene nach wie vor wenig Einfluß auf den ökonomischen Diskurs – und sind folglich in Festschriften selten vertreten.

Hella Hoppe

Anmerkung

¹Hodgson, Geoffrey M, *Economics and Utopia. Why the learning economy is not the end of history* (London / New York 1998).